

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 152



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

55. Jahrgang
30. Mai 2012

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	IV <i>Informationen</i>	

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2012/C 152/01	Euro-Wechselkurs	1
2012/C 152/02	Euro-Wechselkurs	2
2012/C 152/03	Ernennung des Anhörungsbeauftragten in Handelsverfahren	3

V *Bekanntmachungen*

VERWALTUNGSVERFAHREN

Europäische Kommission

2012/C 152/04	Bekanntmachung der Gläubigersitzung in Sachen Landsbanki Íslands hf. gemäß der Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten	4
---------------	--	---

DE

Preis:
3 EUR

(Fortsetzung umseitig)

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

2012/C 152/05	Aufruf zur Interessenbekundung für die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Ausschuss der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) — Ref.: CEI-SCIE-2012	5
---------------	--	---

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2012/C 152/06	Staatliche Beihilfen — Dänemark — Staatliche Beihilfe SA.33728 (12/C) (ex 11/N) — Finanzierung einer neuen Multifunktionsarena in Kopenhagen — Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV ⁽¹⁾	12
2012/C 152/07	Staatliche Beihilfen — Schweden — Staatliche Beihilfe SA.33618 (12/C) (ex 11/N) — Uppsala Arena — Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV ⁽¹⁾	18
2012/C 152/08	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.6603 — Hon Hai/Sharp/Sharp Display Products) ⁽¹⁾	24
2012/C 152/09	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.6517 — The Klesch Group/Arkema's Vinyl Products business) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	25
2012/C 152/10	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.6559 — Eurochem/K+S Nitrogen) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	26



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

28. Mai 2012

(2012/C 152/01)

1 Euro =

Währung	Kurs	Währung	Kurs		
USD	US-Dollar	1,2566	AUD	Australischer Dollar	1,274
JPY	Japanischer Yen	99,75	CAD	Kanadischer Dollar	1,2871
DKK	Dänische Krone	7,4303	HKD	Hongkong-Dollar	9,7542
GBP	Pfund Sterling	0,8001	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,6477
SEK	Schwedische Krone	8,9982	SGD	Singapur-Dollar	1,6038
CHF	Schweizer Franken	1,2019	KRW	Südkoreanischer Won	1 483,09
ISK	Isländische Krone		ZAR	Südafrikanischer Rand	10,461
NOK	Norwegische Krone	7,5359	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,956
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	HRK	Kroatische Kuna	7,5576
CZK	Tschechische Krone	25,309	IDR	Indonesische Rupiah	11 814,52
HUF	Ungarischer Forint	298,38	MYR	Malaysischer Ringgit	3,9495
LTL	Litauischer Litas	3,4528	PHP	Philippinischer Peso	54,662
LVL	Lettischer Lat	0,698	RUB	Russischer Rubel	40,116
PLN	Polnischer Zloty	4,3394	THB	Thailändischer Baht	39,721
RON	Rumänischer Leu	4,468	BRL	Brasilianischer Real	2,4826
TRY	Türkische Lira	2,3074	MXN	Mexikanischer Peso	17,517
			INR	Indische Rupie	69,345

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**29. Mai 2012**

(2012/C 152/02)

1 Euro =

Währung	Kurs	Währung	Kurs		
USD	US-Dollar	1,2523	AUD	Australischer Dollar	1,2737
JPY	Japanischer Yen	99,64	CAD	Kanadischer Dollar	1,2835
DKK	Dänische Krone	7,4307	HKD	Hongkong-Dollar	9,7224
GBP	Pfund Sterling	0,79940	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,6481
SEK	Schwedische Krone	8,9865	SGD	Singapur-Dollar	1,6001
CHF	Schweizer Franken	1,2015	KRW	Südkoreanischer Won	1 472,72
ISK	Isländische Krone		ZAR	Südafrikanischer Rand	10,4489
NOK	Norwegische Krone	7,5205	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,9301
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	HRK	Kroatische Kuna	7,5700
CZK	Tschechische Krone	25,512	IDR	Indonesische Rupiah	11 886,57
HUF	Ungarischer Forint	297,90	MYR	Malaysischer Ringgit	3,9531
LTL	Litauischer Litas	3,4528	PHP	Philippinischer Peso	54,305
LVL	Lettischer Lat	0,6983	RUB	Russischer Rubel	40,3170
PLN	Polnischer Zloty	4,3610	THB	Thailändischer Baht	39,735
RON	Rumänischer Leu	4,4653	BRL	Brasilianischer Real	2,4846
TRY	Türkische Lira	2,3008	MXN	Mexikanischer Peso	17,4445
			INR	Indische Rupie	69,7220

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Ernennung des Anhörungsbeauftragten in Handelsverfahren

(2012/C 152/03)

Mit Wirkung vom 1. Mai 2012 hat die Kommission gemäß Artikel 3 des Beschlusses des Präsidenten der Europäischen Kommission vom 29. Februar 2012 über die Funktion und das Mandat des Anhörungsbeauftragten in bestimmten Handelsverfahren (ABl. L 107 vom 19.4.2012, S. 5) Herrn Dominique AVOT zum Anhörungsbeauftragten ernannt.

V

(Bekanntmachungen)

VERWALTUNGSVERFAHREN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Bekanntmachung der Gläubigersitzung in Sachen Landsbanki Íslands hf. gemäß der Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten

(2012/C 152/04)

GLÄUBIGERSITZUNG

Am Donnerstag, den 31. Mai 2012 um 9.00 Uhr findet im Hilton Hotel Nordica, Suðurlandsbraut 2, Reykjavík eine Gläubigersitzung im Rahmen des Liquidationsverfahrens von Landsbanki Íslands hf., Reg. Nr. 540291-2259, statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Wahl des Vorsitzenden und des Sekretärs für die Sitzung
2. Stand des Liquidationsverfahrens und Präsentation der wichtigsten bei der letzten Gläubigersitzung getroffenen Maßnahmen
3. Finanzen zum Ende des 1. Quartals 2012
4. Rechtsstreitigkeiten über angemeldete Forderungen und andere derzeit bei Gericht anhängige Rechtsachen
5. Präsentation der Entscheidungen des Liquidationsrats über Teilzahlungen an Gläubiger, die in Einklang mit der Bevollmächtigung nach Artikel 102 Absatz 6 des Gesetzes über Finanzinstitute Nr. 161/2002 in der geänderten Fassung erfolgt sind
6. Die Gläubiger haben Gelegenheit, Widerspruch gegen die Entscheidung des Liquidationsrats über den Referenzwert des Wechselkurses für die unter Tagesordnungspunkt 5 genannten Teilzahlungen einzulegen. Sofern kein Widerspruch eingelegt wird, gilt die Entscheidung als endgültig.
7. Diskussion sowie Fragen und Antworten

Die Sitzung findet auf Isländisch statt, Dolmetscher für Englisch stehen zur Verfügung. Zur Teilnahme an dieser Sitzung sind alle Parteien berechtigt, die Forderungen gegenüber der Bank angemeldet haben, die nicht endgültig abgewiesen wurden, sowie Parteien, an die diese Forderungen rechtmäßig abgetreten wurden.

Reykjavík, den 15. Mai 2012

Der Liquidationsrat der Landsbanki Íslands hf.

Halldór H. BACKMAN, *Anwalt am obersten Gerichtshof*
Herdís HALLMARSÓTTIR, *Anwältin am obersten Gerichtshof* und
Kristinn BJARNASON, *Anwalt am obersten Gerichtshof*

AGENTUR DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR GRUNDRECHTE

Aufruf zur Interessenbekundung für die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Ausschuss der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)

Ref.: CEI-SCIE-2012

(2012/C 152/05)

1. DIE AGENTUR

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte ist eine beratende Einrichtung der Europäischen Union mit Sitz in Wien, Österreich ⁽¹⁾ .

Das Ziel der FRA besteht darin, den relevanten Organen, Einrichtungen, Ämtern und Agenturen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten bei der Durchführung des Gemeinschaftsrechts in Bezug auf die Grundrechte Unterstützung zu gewähren und ihnen Fachkenntnisse bereitzustellen, um ihnen die uneingeschränkte Achtung der Grundrechte zu erleichtern, wenn sie in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich Maßnahmen einleiten oder Aktionen festlegen ⁽²⁾ .

Die Agentur befasst sich mit der Situation der Grundrechte in der EU und ihren 27 Mitgliedstaaten, Kandidatenländer sowie Länder, die ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen haben, können eingeladen werden, sich an der Agentur zu beteiligen. Dies ist derzeit für Kroatien der Fall.

Die FRA besteht aus folgenden Gremien:

Verwaltungsrat

Exekutivausschuss

wissenschaftlicher Ausschuss

Direktor

2. DER WISSENSCHAFTLICHE AUSSCHUSS

Mit diesem Aufruf zur Interessenbekundung werden Experten mit der erforderlichen Erfahrung in einer oder mehreren wissenschaftlichen Fachrichtungen im Bereich der Grundrechte aufgefordert, ihr Interesse an einer Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Ausschuss der Agentur zu bekunden.

Gemäß Artikel 14, Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 168/2007 des Rates vom 15. Februar 2007 (nachstehend „Verordnung“) zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (nachstehend „Agentur“) ernennt der Verwaltungsrat einen wissenschaftlichen Ausschuss, der sich aus elf unabhängigen und in Grundrechtsfragen hoch qualifizierten Personen zusammensetzt.

Aufgaben des wissenschaftlichen Ausschusses:

Gemäß Artikel 14, Absatz 5 der Verordnung ist der vorgenannte wissenschaftliche Ausschuss der Garant für die wissenschaftliche Qualität der Arbeiten der Agentur.

⁽¹⁾ Die vom Rat der Europäischen Union erlassene Gründungsverordnung der Agentur wurde im ABl. L 53 vom 22.2.2007, S. 1 veröffentlicht.

⁽²⁾ Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 168/2007 des Rates vom 15. Februar 2007 zur Errichtung einer Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.

Dazu bezieht der Direktor der Agentur den wissenschaftlichen Ausschuss in die Ausarbeitung der Entwürfe für Dokumente ein, mit deren Erstellung die Agentur Gemäß Artikel 4, Absatz 1 Buchstaben a bis f und h der Verordnung betraut ist. Dabei handelt es sich um:

- die Sammlung, Erfassung und Verbreitung relevanter, objektiver, verlässlicher und vergleichbarer Informationen und Daten zu den Grundrechten, einschließlich der Ergebnisse von Forschungs- und Überwachungsmaßnahmen, die der Agentur von den EU-Mitgliedstaaten und Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, von Forschungszentren, nationalen Stellen, Nichtregierungsorganisationen, Drittländern und internationalen Organisationen, wie u. a. von den zuständigen Gremien des Europarates, übermittelt werden;
- die Entwicklung von Methoden und Standards in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten, um eine bessere Vergleichbarkeit, Objektivität und Verlässlichkeit der Daten auf europäischer Ebene zu erzielen;
- die Durchführung von wissenschaftlichen Forschungsarbeiten und Erhebungen sowie Voruntersuchungen und Durchführbarkeitsstudien zu Fragen in Zusammenhang mit den Grundrechten;
- die Ausarbeitung und Veröffentlichung von Gutachten zu bestimmten Themen in Zusammenhang mit den Grundrechten;
- die Veröffentlichung eines Jahresberichts über Grundrechtsfragen im Tätigkeitsbereich der Agentur, in dem auch einige Beispiele für bewährte Verfahrensweisen angeführt werden;
- die Veröffentlichung themenspezifischer Berichte auf der Grundlage der eigenen Analysen, Forschungsarbeiten und Erhebungen der Agentur;
- die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie und die Förderung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft, um die Öffentlichkeit für Grundrechtsfragen zu sensibilisieren und aktiv über die Tätigkeit der Agentur zu informieren.

Die Arbeitsweise des wissenschaftlichen Ausschusses:

Im Gegensatz zum Verwaltungsrat ist der wissenschaftliche Ausschuss ein beratendes Gremium, das nicht an der Verwaltung und Leitung der Agentur eingebunden ist. Gleichzeitig ist der Ausschuss ein Arbeitsgremium, das an den Forschungsprozessen der Agentur beteiligt ist. Dies erfordert, dass die Mitglieder bereit sind, mit vollstem Einsatz im Hinblick auf Zeit- und Arbeitsaufwand einen substanziellen Beitrag zu den Arbeiten der Agentur zu leisten; ihr Beitrag sollte in Form durchdachter Argumente zur Qualität der Arbeit der Agentur erfolgen, was ausführliche schriftliche Stellungnahmen erfordern kann. Gemäß den derzeitigen Arbeitsmethoden ⁽¹⁾ überwachen die einzelnen Mitglieder des Ausschusses ein oder mehrere spezielle Forschungsprojekte als „Berichterstatter“ von der Entstehung der Projektidee bis zur Veröffentlichung der abschließenden Ergebnisse. Entscheidungen im Hinblick auf die „wissenschaftliche Qualität der Arbeit der Agentur“ werden jedoch von den Mitgliedern des wissenschaftlichen Ausschusses gemeinsam getroffen. Die Leitung des Ausschusses obliegt einem Vorsitzenden, der vom Ausschuss für eine Amtszeit von einem Jahr gewählt wird ⁽²⁾. Der Vorsitz wird im Rahmen der operativen Dienste der FRA von einem Sekretariat unterstützt.

Zusammensetzung des wissenschaftlichen Ausschusses:

Gemäß Artikel 14, Absatz 1 der Verordnung setzt sich der wissenschaftliche Ausschuss aus elf unabhängigen und in Grundrechtsfragen hoch qualifizierten Personen zusammen. Der Verwaltungsrat ernennt die Mitglieder im Rahmen eines transparenten Bewerbungs- und Auswahlverfahrens nach Konsultation des zuständigen Ausschusses des Europäischen Parlaments ⁽³⁾.

Der Verwaltungsrat der Agentur gewährleistet bei der Ernennung der Mitglieder des von ihm einzusetzenden wissenschaftlichen Ausschusses eine ausgewogene geografische Vertretung. Außerdem achtet der Verwaltungsrat auf eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern im wissenschaftlichen Ausschuss. Ebenso trägt er den verschiedenen wissenschaftlichen Fachrichtungen und Spezialgebieten gebührend Rechnung, um die im Mehrjahresrahmen der Agentur festgelegten verschiedenen Tätigkeitsbereiche abzudecken.

⁽¹⁾ Diese wurden vom derzeitigen wissenschaftlichen Ausschuss angenommen und können geändert werden.

⁽²⁾ Artikel 19 der Geschäftsordnung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.

⁽³⁾ Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres („Ausschuss LIBE“).

Gemäß Artikel 14, Absatz 1 der Verordnung dürfen Mitglieder des Verwaltungsrates der Agentur nicht zugleich Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses sein.

Die Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses müssen über Sachverstand in einer oder mehreren Fachrichtungen verfügen, die Bezug zu den Menschenrechten aufweisen, oder für diese von Belang sind. Dies sind u. a.:

- Sozialwissenschaften; einschließlich Bewerbern mit Fachkenntnissen im Bereich Forschungsmethoden und im Bereich der länderübergreifenden vergleichenden Forschung;
- Rechtswissenschaften, einschließlich vergleichendes Verfassungsrecht, EU-Recht und Völkerrecht;
- Politikwissenschaft;
- Statistik.

Amtszeit:

Die Amtszeit der Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses beträgt fünf Jahre. Sie ist nicht verlängerbar. Die Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses sind unabhängig und haben die Vertraulichkeitsbestimmungen zu beachten.

Sie können nur auf eigene Veranlassung oder im Falle einer dauerhaften Hinderung an der Erfüllung ihrer Pflichten ersetzt werden. Erfüllt jedoch ein Mitglied nicht mehr das Kriterium der Unabhängigkeit, so setzt es die Kommission und den Direktor der Agentur unverzüglich hiervon in Kenntnis. Außerdem kann der Verwaltungsrat auf Vorschlag eines Drittels seiner Mitglieder oder auf Vorschlag der Kommission erklären, dass die Unabhängigkeit nicht gegeben ist, und die Ernennung der betreffenden Person widerrufen. Der Verwaltungsrat ernennt gemäß dem Ernennungsverfahren für die ordentlichen Mitglieder ein neues Mitglied für die restliche Amtszeit. Ist die verbleibende Amtszeit kürzer als zwei Jahre, so kann das Mandat des neuen Mitglieds auf eine volle Amtszeit von fünf Jahren ausgedehnt werden. Die Agentur veröffentlicht auf ihrer Website die Liste der Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses und aktualisiert sie regelmäßig.

Sitzungen des wissenschaftlichen Ausschusses:

Laut Artikel 14, Absatz 6 der Verordnung tritt der wissenschaftliche Ausschuss viermal jährlich zu Plenarsitzungen zusammen. Diese Sitzungen finden, von Ausnahmefällen abgesehen, am Sitz der Agentur (Wien) statt. Von den Mitgliedern wird die Teilnahme an diesen Sitzungen und ein beträchtliches zeitliches Engagement und Arbeitspensum erwartet, was auch die Überprüfung und Kommentierung der ihnen vorgelegten Unterlagen beinhaltet — die vorzugsweise schriftlich erfolgen und schlüssig begründet sein sollten.

Die Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses haben Anspruch auf eine Aufwandsentschädigung für ihre Mitwirkung an den Tätigkeiten des wissenschaftlichen Ausschusses⁽¹⁾.

3. GEFORDERTE QUALIFIKATIONEN UND ERFAHRUNG, BEWERTUNGSKRITERIEN

A. Zulassungsvoraussetzungen

Bewerber um die Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Ausschuss müssen die folgenden vier Voraussetzungen erfüllen:

- einen Postgraduiertenabschluss oder vergleichbaren Hochschulabschluss in einem relevanten wissenschaftlichen Fachgebiet;
- sieben Jahre nachgewiesener Berufserfahrung in der Auseinandersetzung mit Grundrechtsfragen im Rahmen von Fachrichtungen wie Sozialwissenschaften, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften und/oder Statistik - nach Erwerb des oben genannten Hochschulabschlusses;
- Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats;

⁽¹⁾ Artikel 24 Absatz 1 und Artikel 25 Absatz 1-3 der Geschäftsordnung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte; und Beschluss Nr. 11FIN 2010 vom 20. April 2010: „Rules on the reimbursement of expenses incurred by members or alternate members of the Management Board, members of the Executive Board, members of the Scientific Committee, external members of Selection Committee(s) and experts invited to attend meetings“ (Regelung für die Erstattung der Kosten von Mitgliedern oder stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates, Mitgliedern des Exekutivausschusses, Mitgliedern des wissenschaftlichen Ausschusses, externen Mitgliedern des/r Auswahlausschusses/ Auswahlausschüsse, die zur Teilnahme an Sitzungen aufgefordert wurden).

- Gründliche Kenntnisse einer der Amtssprachen der EU und ausreichende Kenntnisse einer weiteren Sprache der EU ⁽¹⁾.

B. Auswahlkriterien

ZWINGEND ERFORDERLICH:

Die **fünf zwingenden Anforderungen** für die Auswahl der Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses sind:

- **Herausragende wissenschaftliche Leistungen:** herausragende wissenschaftliche Leistungen auf den Gebieten, auf die sich der Auftrag Agentur erstreckt, einschließlich Veröffentlichungen in diesen und/oder eng damit zusammenhängenden Fachgebieten;
- **Erfahrung im länderübergreifenden, vergleichenden Bereich:** umfassende Erfahrung im Bereich der Arbeit und/oder Forschung in mehr als einem Land und auf Gebieten, die in engem Bezug zur Tätigkeit der Agentur stehen;
- **Fundierte Kenntnisse im Bereich der Menschenrechtspraxis:** umfassende Erfahrung im Bereich der rechtlichen, sozialwissenschaftlichen, politischen und/oder praktischen Aspekte der Umsetzung der Menschenrechte in die Praxis — wie Erfahrungen mit Feldforschung und Datenauswertung, Bereitstellung fachlicher Beratung, Rechtsprechung oder der Tätigkeit für internationale Organisationen oder Nicht-regierungsorganisationen;
- **Abfassung von Gutachten und/oder Empfehlungen:** Erfahrung in der Abfassung von Gutachten oder Empfehlungen auf nationaler und internationaler Ebene mit Bezug zu den Interessengebieten der Agentur, in Form von Schlussfolgerungen und Befunden wichtiger Forschungsvorhaben;
- **Ausgezeichnetes Wissenschaftsenglisch:** ausgezeichnete Englischkenntnisse in Wort und Schrift. Die Arbeitssprache der Agentur ist Englisch.

VON VORTEIL:

Die folgenden drei Kriterien werden als zusätzliche **Vorteile** gewertet:

- Professur oder Dozentur an einer akademischen Einrichtung (aktuell oder in der Vergangenheit);
- Promotion;
- Berufserfahrung in einem multidisziplinären Umfeld, vorzugsweise in einem internationalen Kontext.

Insbesondere die Erfüllung der oben stehenden zwingenden Anforderungen wird auf der Grundlage der folgenden Skala von Bewertungspunkten, Fakten und Nachweisen bewertet:

1. Herausragende wissenschaftliche Leistungen (0-30 Punkte)

- Einschlägige wissenschaftliche Veröffentlichungen — mindestens zehn hochklassige Veröffentlichungen;
- einschlägige Sachverständigengutachten, Empfehlungen oder Schlussfolgerungen für öffentliche Stellen;
- einschlägige Forschungsprojekte in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten;
- einschlägige Lehrerfahrung in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und Erfahrung in der Leitung internationaler Konferenzen, der Teilnahme an internationalen Arbeitsgruppen und an multidisziplinären Projekten.

2. Erfahrung im länderübergreifenden, vergleichenden Bereich (0-15 Punkte)

- Einschlägige Erfahrung in der Feldforschung, einschließlich z. B. länderübergreifender Erhebungen;
- einschlägige Erfahrung in der Bereitstellung von politischer und rechtlicher Beratung in einem internationalen oder transnationalen Kontext;
- einschlägige Erfahrung mit dem Vergleich politischer Systeme und im Bereich des vergleichenden Verfassungsrechts (EU).

3. Fundierte Kenntnisse im Bereich der Menschenrechtspraxis und –politik (0-15 Punkte)

- Einschlägige Erfahrung im Bereich der öffentlichen Verwaltung oder der Politik, einschließlich Wahrnehmung von Führungsaufgaben (aktuell oder in der Vergangenheit);

⁽¹⁾ Hinweis: Die Arbeitssprache bei allen Sitzungen und für alle Produkte — sowohl für die FRA als auch für die Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses — ist Englisch. Die FRA übersetzt lediglich die Endfassungen ihrer Produkte in andere EU-Sprachen. Daher werden von Bewerbern hervorragende Englischkenntnisse — Hör- und Leseverstehen sowie schriftlicher Ausdruck — erwartet, denn im Rahmen der Arbeit des Ausschusses ist keine Übersetzung und Verdolmetschung möglich.

- einschlägige Erfahrung im Gerichtswesen, einschließlich Wahrnehmung von Führungsaufgaben (aktuell oder in der Vergangenheit);
- einschlägige Erfahrung in Nichtregierungsorganisationen, einschließlich Wahrnehmung von Führungsaufgaben (aktuell oder in der Vergangenheit);
- einschlägige Erfahrung in nationalen Menschenrechtsinstitutionen oder anderen Menschenrechtsgremien auf nationaler Ebene, einschließlich Wahrnehmung von Führungsaufgaben (aktuell oder in der Vergangenheit);
- einschlägige Erfahrung im Bereich Grundrechte auf internationaler Ebene, einschließlich Wahrnehmung von Führungsaufgaben (aktuell oder in der Vergangenheit).

4. **Abfassung von Gutachten und/oder Empfehlungen/Schlussfolgerungen (0-15 Punkte)**

- Umfassende Erfahrung in der Umsetzung wissenschaftlicher Forschung in sachdienliche Empfehlungen für die Praxis;
- umfassende Erfahrung in der Bereitstellung präziser und politikrelevanter Sachverständigengutachten für öffentliche Stellen und NRO;
- umfassende Erfahrung als wissenschaftlicher Lektor/Redakteur;
- Erfahrung in der Vermittlung des Themas Grundrechte an eine breitere Öffentlichkeit.

5. **Ausgezeichnetes Wissenschaftsenglisch (0-10 Punkte)**

- Ausgezeichnetes schriftliches Wissenschaftsenglisch;
- umfassende Erfahrung im wissenschaftlichen Schreiben und Redigieren in englischer Sprache.

Für die als „von Vorteil“ angegebenen Kriterien werden 0-5 Punkte vergeben.

Der Notwendigkeit der geografischen Ausgewogenheit und eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Männern und Frauen wird in der Auswahlphase ebenfalls Rechnung getragen.

4. EINREICHUNG VON BEWERBUNGEN

Die Bewerber müssen ihre Bewerbung elektronisch über die Website der Agentur einreichen: <http://www.fra.europa.eu>

Es werden **ausschließlich** Online-Bewerbungen berücksichtigt. Bewerbungen werden nur zugelassen, wenn sie Folgendes enthalten:

- ein **Bewerbungsschreiben** (höchstens eine Seite);
- ein **Anmeldeformular**, das auf der Website der Agentur über die Seite mit dem Aufruf zur Interessenbekundung abrufbar ist;
- eine **Liste der wissenschaftlicher Veröffentlichungen** in Büchern und referierten wissenschaftlichen Fachzeitschriften, einschließlich **der Abstracts der fünf wichtigsten Beiträge (drei dieser Abstracts sollten in englischer Sprache verfasst sein)**. Weitere Nachweise können in einer späteren Phase des Auswahlverfahrens angefordert werden.

Erläuterungen zum Aufruf und zum Bewerbungsverfahren können unter folgender E-Mail-Adresse angefordert werden:

selection-scientific-committee@fra.europa.eu

5. AUSWAHLVERFAHREN, ERNENNUNG UND AMTSZEIT

Vorauswahl:

Der Direktor der Agentur ist für die Vorbereitung und Organisation der Arbeiten zur Vorauswahl der Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses zuständig. Er/sie führt den Vorsitz eines Vorauswahlausschusses, dem die Abteilungsleiter der Agentur und ein zu diesem Zweck ernannter Vertreter des Europarats angehören. Zwei Mitglieder des Verwaltungsrats der FRA können als Beobachter an den Sitzungen des Vorauswahlausschusses teilnehmen.

Der Vorauswahlausschuss überprüft die Zulässigkeit der Bewerbungen nach Maßgabe der Zulassungsvoraussetzungen. Werden nicht alle diese Voraussetzungen erfüllt, so führt dies zum Ausschluss des betreffenden Bewerbers von den nächsten Schritten des Auswahlverfahrens.

Dann bewertet der Vorauswahlausschuss jeden zulässigen Bewerber unter Berücksichtigung der Auswahlkriterien. Der Ausschuss erstellt für jeden Bewerber ein „individuelles Bewertungsformular“, das einen kurzen Kommentar enthält, in dem die besonderen Stärken bzw. Schwächen des betreffenden Bewerbers erläutert werden.

Der Direktor legt die Ergebnisse des Auswahlverfahrens dem Exekutivausschuss der FRA vor, einschließlich der Informationen zu Bewerbern, die für nicht zulässig befunden wurden.

Auswahl:

Der Exekutivausschuss bewertet alle Bewerber auf der Grundlage der festgelegten Auswahlkriterien.

Bei dieser Bewertung berücksichtigt der Exekutivausschuss:

- die Arbeit des Vorwahlausschusses;
- die Notwendigkeit, dass die Fachgebiete der Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses die wichtigsten wissenschaftlichen Fachgebiete mit Bezug zu den Grundrechten gemäß dem Auftrag und den Zielen der FRA abdecken;
- die Notwendigkeit, geografische Ausgewogenheit und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen sicherzustellen.

Der Exekutivausschuss legt dem Verwaltungsrat eine Liste mit den am besten geeigneten Bewerbern vor. Diese Liste sollte mehr als elf und weniger als 22 Namen enthalten. Die Liste enthält außerdem die Bewertungspunkte für jeden Bewerber sowie eine Schlussfolgerung bezüglich seiner Eignung als Mitglied des wissenschaftlichen Ausschusses.

Der Vorsitzende des Exekutivausschusses legt dem Verwaltungsrat die Ergebnisse des Auswahlverfahrens vor, einschließlich einer Auflistung der Bewerber, die nicht in die oben genannten Listen aufgenommen wurden, sowie der für unzulässig befundenen Bewerber.

Die operativen Dienste der Agentur stellen technische und logistische Unterstützung für das Auswahlverfahren zur Verfügung.

Ernennung:

Auf der Grundlage der vom Exekutivausschuss vorgelegten Liste ernennt der Verwaltungsrat der Agentur nach Konsultation des zuständigen Ausschusses des Europäischen Parlaments die Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses. Die nicht ernannten Bewerber werden in eine Reserveliste aufgenommen.

Gemäß Artikel 14, Absatz 2 der Verordnung werden die Mitglieder für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt, die nicht verlängerbar ist.

Die Reserveliste ist für die Dauer der Amtszeit des ernannten wissenschaftlichen Ausschusses gültig. Wird eine Position vakant, ernennt der Verwaltungsrat ein neues Mitglied, das auf der Grundlage der Reserveliste ausgewählt wurde. Die Besetzung einer vakanten Position erfolgt für die Dauer der restlichen Amtszeit des wissenschaftlichen Ausschusses. Gemäß Artikel 14, Absatz 1 der Verordnung geht der Verwaltungsrat dabei nach demselben Ernennungsverfahren vor wie bei der Ernennung des ursprünglichen Mitglieds, einschließlich der Konsultation des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments. Der LIBE-Ausschuss kann die Namen der Bewerber und ihre Lebensläufe veröffentlichen.

6. VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG, INTERESSENERKLÄRUNG UND ERKLÄRUNG ÜBER DIE BEACHTUNG DER VERTRAULICHKEITSBESTIMMUNGEN

Die Mitglieder des wissenschaftlichen Ausschusses werden ad personam ernannt. Die Mitglieder verpflichten sich, unabhängig von jedem äußeren Einfluss zu handeln. Aus diesem Grund werden sie aufgefordert, eine Verpflichtungserklärung und eine Interessenerklärung abzugeben ⁽¹⁾.

⁽¹⁾ Artikel 27 Absatz 1-4 der Geschäftsordnung und Anhänge 2 und 3 von Anhang I.

Ferner werden sie aufgefordert, eine Erklärung über die Beachtung der Vertraulichkeitsbestimmungen abzugeben, in der sie sich verpflichten, diese zu beachten, wenn sie mit Informationen umgehen, die von der Agentur ausdrücklich als RESTREINT (nur für den Dienstgebrauch) oder CONFIDENTIEL (vertraulich) eingestuft wurden⁽¹⁾.

7. CHANCENGLEICHHEIT

Die FRA fordert alle Personen zur Bewerbung auf, die die Zulassungsvoraussetzungen erfüllen und an einer Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Ausschuss der FRA interessiert sind.

Die FRA bekennt sich zur Chancengleichheit und gewährleistet, dass ihre Auswahlverfahren Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Rasse, ethnischer oder sozialer Herkunft, genetischer Merkmale, Sprache, Religion oder Weltanschauung, politischer oder sonstiger Anschauung, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, Vermögen, Geburt, Behinderung, Alter, sexueller Ausrichtung oder jeglicher anderen Situation ausschließen.

8. SCHUTZ PERSONENBEZOGENER DATEN

Bitte beachten Sie, dass die FRA eingereichte Bewerbungen nicht an die Bewerber zurücksendet. Die personenbezogenen Informationen, die die FRA von den Bewerbern anfordert, werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr verarbeitet. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Vertraulichkeit und Sicherheit dieser Daten.

Personenbezogene Daten werden ausschließlich für die Zwecke dieses Auswahlverfahrens verarbeitet. Bewerber, die Fragen zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten haben, können sich an die folgende Adresse wenden:

selection-scientific-committee@fra.europa.eu

9. BEWERBUNGSFRIST

Die Frist für die Einreichung von Bewerbungen endet am **4. Juli 2012 um 13.00 Uhr** (Ortszeit, GMT +1).

Bitte beachten Sie, dass es kurz vor Ablauf der Bewerbungsfrist aufgrund der hohen Zahl der Bewerbungen zu Problemen bei der Verarbeitung dieser großen Datenmengen kommen kann. Wir empfehlen Ihnen daher, Ihre Bewerbung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt vor Ablauf der Bewerbungsfrist zu übermitteln.

⁽¹⁾ Artikel 26 Absatz 1-3 der Geschäftsordnung und Anhang 1 von Anhang I.

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

STAATLICHE BEIHILFEN — DÄNEMARK

Staatliche Beihilfe SA.33728 (12/C) (ex 11/N) — Finanzierung einer neuen Multifunktionsarena in Kopenhagen

Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2012/C 152/06)

Mit Schreiben vom 21. März 2012, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Dänemark von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV zu eröffnen.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu der Maßnahme, die Gegenstand des von der Kommission eröffneten Verfahrens ist, Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Direktion C
Rue de la Loi/Wetstraat 200
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
Fax +32 22961242

Alle Stellungnahmen werden Dänemark übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Verfahren

Dänemark hat bei der Europäischen Kommission eine Maßnahme zur Finanzierung einer neuen Multifunktionsarena in Kopenhagen angemeldet. Bei der Kommission sind zu dem Vorhaben zwei Beschwerden eingegangen.

Beschreibung der Maßnahme

Die Stadt Kopenhagen plant den Bau einer „Multifunktionsarena“ internationalen Standards für Musik-, Kultur- und Sportveranstaltungen von hohem internationalen Niveau. Die Multifunktionsarena wird eine Kapazität von bis zu 15 000 Sitzplätzen haben.

Die Hauptbeteiligten (nachstehend „Beteiligte“) an dem Vorhaben sind die Stadt Kopenhagen und die private Stiftung Realdania. Ein weiterer Akteur, das im Eigentum der Stadt Kopenhagen (55 %) und des Staates Dänemark (45 %) stehende Un-

ternehmen By & Havn, wird das Nutzungsrecht für das Gelände, auf dem die Multifunktionsarena gebaut werden soll, kostenlos zur Verfügung stellen. Außerdem wird Elitefacilitetsudvalget einen Beitrag zur Finanzierung des Baus der Multifunktionsarena leisten.

Die mit der Planung und dem Bau der Multifunktionsarena verbundenen Kosten werden zurzeit auf insgesamt rund 1,1 Mrd. DKK veranschlagt (148 Mio. EUR). Das Vorhaben soll durch Eigenmittel der Beteiligten sowie durch externe Mittel (Bankkredite) finanziert werden. Die Beteiligten werden jeweils 325 Mio. DKK (43,7 Mio. EUR) zum Kapital der Arena Company (insgesamt 650 Mio. DKK) beitragen. Die Eigentumsverhältnisse werden den geleisteten Beiträgen entsprechen, so dass jede der Beteiligten einen Anteil von 50 % halten wird.

Die Multifunktionsarena soll von einem privaten Akteur (dem Betreiber) betrieben werden, der im Rahmen eines offenen und transparenten Ausschreibungsverfahrens ausgewählt wird. Der

dänische Sportbund (DIF) wird im Gegenzug für das Recht, die Multifunktionsarena für bestimmte Sportveranstaltungen zu nutzen, einen Betriebskostenzuschuss gewähren. Der Betreiber der Arena muss gewährleisten, dass der Zugang zur Multifunktionsarena allen Nutzern diskriminierungsfrei zu Marktbedingungen offen steht.

Beihilferechtliche Würdigung der Maßnahme

Auf der Grundlage der vorläufigen Beurteilung kann die Kommission nicht ausschließen, dass die Maßnahme möglicherweise eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV darstellt. Insbesondere zeigt die vorläufige Beurteilung der Kommission, dass ein selektiver wirtschaftlicher Vorteil auf keiner der in Frage kommenden Ebenen (Bau, Betrieb und Nutzung) ausgeschlossen werden kann. Darüber hinaus würde die öffentliche Kofinanzierung der Multifunktionsarena, ohne die die Arena nicht gebaut würde, den Wettbewerb höchstwahrscheinlich verfälschen oder zumindest zu verfälschen drohen. Da der Markt für die Ausrichtung internationaler Veranstaltungen für den Wettbewerb zwischen Anbietern von Veranstaltungsorten und Eventorganisation geöffnet ist und deren Tätigkeiten im Allgemeinen dem Handel zwischen Mitgliedstaaten unterliegen, ist davon auszugehen, dass das Vorhaben Auswirkungen auf den Handel haben wird. Daher kann die Kommission auf der Grundlage ihrer vorläufigen Beurteilung beim gegenwärtigen Stand nicht ausschließen, dass die angemeldete Maßnahme eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV darstellt.

Angesichts dieser Sachlage muss daher geprüft werden, ob die Maßnahme nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden kann. Im Rahmen einer derartigen Bewertung wird unter anderem geprüft, ob mit der Maßnahme ein politisches Ziel von gemeinsamem Interesse verfolgt wird, ob die Maßnahme notwendig und angemessen ist und ob sie den Wettbewerb nicht in unverhältnismäßiger Weise verfälscht. Auf der Grundlage ihrer vorläufigen Beurteilung kann die Kommission beim gegenwärtigen Stand bei keiner der drei Ebenen möglicher Beihilfen (Bau, Betrieb und Nutzung) mit Sicherheit feststellen, ob das angemeldete Vorhaben mit Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV vereinbar ist.

Angesichts dieser Zweifel und der Auswirkungen etwaiger staatlicher Beihilfen auf die Investitionstätigkeit privater Betreiber hat die Kommission beschlossen, das förmliche Prüfverfahren zu eröffnen.

SCHREIBEN

„Kommissionen skal herved meddele Danmark, at den efter at have undersøgt de oplysninger, som myndighederne har fremsendt om den omhandlede støtte, har besluttet at indlede proceduren efter artikel 108, stk. 2, i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde.

1. SAGSFORLØB

- 1) Den 7. december 2012 gav de danske myndigheder Europa-Kommissionen meddelelse om en støtteforanstaltning til finansiering af en ny multiarena i København i forlængelse af en anmeldelsesforberedende fase. Kommissionen har modtaget to klager vedrørende den anmeldte foranstaltning, og den 21. december 2012 bad Kommis-

sionen ved en anmodning om oplysninger de danske myndigheder om at kaste lys over de punkter, der blev fremført i klagerne. De danske myndigheder fremsendte deres svar den 6. februar 2012.

2. DETALJERET BESKRIVELSE AF FORANSTALTNINGEN

- 2) København kommune planlægger at bygge en "multiarena" af international standard med musik-, kultur- og sportsfaciliteter på et højt internationalt niveau. Multiarenaen vil have plads til 15 000 siddende tilskuere.
- 3) Der findes allerede andre lignende faciliteter i København, der først og fremmest er beregnet til fodbold, men de danske myndigheder gør gældende, at disse ikke er tilstrækkeligt fleksible og skalérbare til at tiltrække internationale sports-, musik- og underholdningsarrangementer til København. Her skal særligt "Parken" nævnes, et stadium beliggende i centrum af København (FC Københavns hjemmebane, der også anvendes til store shows/koncerter med op til 45 000 tilskuere). Der findes også andre lignende faciliteter i nærheden, f.eks. i Malmø i Sverige.
- 4) Multiarenaprojektets væsentligste parter (herefter "parterne") er Københavns Kommune og Realdania (en privat fond) ⁽¹⁾. Endnu en aktør, By & Havn (ejes af Københavns Kommune (55 %) og den danske stat (45 %)), indrømmer vederlagsfrit brugsretten til den jord, hvorpå multiarenaen bygges.
- 5) Efter flere mislykkede forsøg vil der ifølge Københavns Kommune og Realdania ikke blive bygget en multiarena i København, medmindre projektet modtager offentlig medfinansiering.

2.1. Opførelse og ejerskab

- 6) Parterne danner det fællesjede "arenaselskabet", der har til formål at opføre og eje multiarenaen samt at forvalte operatørkontrakten, mens driften af multiarenaen forestås af en særskilt operatør.
- 7) De samlede udgifter til planlægning og opførelse anslås for indeværende til cirka 1 100 mio. DKK (148 mio. EUR) ⁽²⁾. Multiarenaprojektet vil blive finansieret ved parternes indskud af egenkapital kombineret med ekstern finansiering. Parterne bidrager hver med 325 mio. DKK (43,7 mio. EUR) til arenaselskabets formue (i alt 650 mio. DKK). Ejerskabsforholdene vil afspejle de tilførte bidrag, dvs. 50 % til hver af parterne. Den eksterne finansiering på 345 mio. DKK (46,4 mio. EUR) består af lån optaget på markedsvilkår med en afdragsperiode på 30 år. Desuden stiller Elitefacilitetsudvalget ⁽³⁾ 15 mio. DKK (2 mio. EUR) til rådighed til finansieringen af multiarenaens opførelse.

⁽¹⁾ Selv om Realdania tilstræber at skabe overskud på sit virke, er fonden ikke en profitmaksimerende virksomhed, men en filantropisk fond, der beskriver sit formål således: "Vi støtter og igangsætter projekter inden for det byggede miljø til gavn for almenvellet." Se www.realdania.dk.

⁽²⁾ De samlede udgifter på 1 100 mio. DKK inkluderer de anslåede udgifter til renter samt pris- og lønregulering indtil 2015.

⁽³⁾ Udvalget har til formål at opgradere idrætsfaciliteter til en standard, som gør det muligt at afholde sportsarrangementer på internationalt niveau. Det finansieres delvist af den danske stat.

- 8) I de første 40 år indrømmer By & Havn vederlagsfrit brugsretten til den jord, hvorpå multiarenaen bygges. Herefter betaler arenaselskabet markedslejen.
- 9) Det egentlige anlægsarbejde tildeles gennem et offentligt udbud.

2.2. Drift og brug

- 10) Multiarenaens drift overdrages til en operatør. Arenaselskabet indgår en aftale med en privat part (operatøren) om leje af multiarenaen ⁽¹⁾ på grundlag af et offentligt udbud. Operatøren, som er valgt efter en åben og gennemsigtig udbudsrunde ⁽²⁾, skal sikre, at alle har mulighed for at leje multiarenaen til markedslejen på ikke-diskriminerende vilkår. Operatøren er navnlig forpligtet til at udleje multiarenaen til forskellige brugergrupper og til forskellige aktiviteter og til ikke at give nogen enkel aktivitetsform uberettiget fortrinsbehandling, så det sikres, at arenaen anvendes til mange forskellige formål.
- 11) Gennem lejeaftalen med operatøren vil arenaselskabet få løbende indtægter, som forventes at blive på ca. [...] ^(*) om året i de første 10 år. Desuden vil arenaselskabet få parkeringsindtægter. Det forventes, at den eksterne finansiering vil stå i et sådant forhold til operatørens leje, at indtægterne kan betale udgifterne til den eksterne finansiering.
- 12) DIF ⁽³⁾ stiller et driftstilskud på 5 mio. DKK (672 000 EUR) til rådighed om året i de første 10 driftsår (i alt 50 mio. DKK). Til gengæld får DIF ret til med et aftalt varsel at reservere multiarenaen til brug for internationale sportsmesterskaber og andre sportsarrangementer. Ifølge de danske myndigheder kommer DIF til at betale markedslejen til operatøren.
- 13) Derudover stiller Region Hovedstaden 5 årlige bidrag på 10 mio. DKK (1,4 mio. EUR) til rådighed som økonomisk støtte til væsentlige internationale arrangementer, som det ikke ville have været muligt at gennemføre på almindelige kommercielle vilkår. Enhver, inklusive multiarenaens operatør, kan ansøge om disse legater til afvikling af den type arrangementer i multiarenaen.

3. DE DANSKE MYNDIGHEDERS KOMMENTARER

- 14) De danske myndigheder gør gældende, at den foreslåede foranstaltning ikke omfatter statsstøtte og henviser til hidtidig Kommissionspraksis, ifølge hvilken støtte til infrastruktur under visse betingelser kan anses for ikke at

udgøre statsstøtte i henhold til artikel 107, stk. 1, i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde.

- 15) De danske myndigheder fremhæver den set fra deres synspunkt manglende økonomiske fordel, og de gør gældende, at ingen af de involverede parter har direkte eller indirekte økonomisk fordel af den offentlige medfinansiering. I kortfattet form anfører de danske myndigheder følgende:

— Ejerne af arenaselskabet (Københavns Kommune og Realdania) får en ejerandel, der afspejler den indskudte kapital, og den eksterne finansiering finder sted på markedsvilkår. Realdanias deltagelse i projektet kan ikke betragtes som en investering, der ville have været foretaget af en almindelig markedsøkonomisk investor, og tilrådgivelsesstillelsen af jord har alene som konsekvens at sænke den særlige ikke-markedsbaserede risiko, som Realdania påtager sig gennem sin investering. Det samme gælder for Elitefacilitetsudvalgets tilskud, som alene bidrager til at sikre projektets levedygtighed. Hvad angår DIF's tilskud, så gøres det gældende, at de ikke er statsmidler, og at de under alle omstændigheder skal betragtes som betaling for retten til at reservere multiarenaen.

— Arenaselskabet opnår ikke en økonomisk fordel, eftersom multiarenaen vil blive anvendt til mange forskellige formål og være åben for forskellige brugere og aktiviteter. Desuden vil både arenaens opførelse og drift blive sat i udbud på en gennemsigtig, objektiv og ikke-diskriminerende måde, ligesom udvælgelseskriterierne og deres indbyrdes vægtning vil blive fastsat på forhånd (med hovedvægt på prisen).

— Operatøren vælges, som nævnt ovenfor, gennem en åben udbudsrunde på grundlag af gennemsigtige, objektive og ikke-diskriminerende betingelser og krav, og den leje, der betales til arenaselskabet, vil ikke ligge under markedslejen. Region Hovedstadens eventuelle tilskud gives også efter et åbent og gennemsigtigt forløb.

- 16) Hvis det fastslås, at multiarenaprojektet omfatter statsstøtte, gør de danske myndigheder gældende, at statsstøtten i så fald bør betragtes som forenelig med det indre marked i henhold til artikel 107, stk. 3, litra c), i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde. De gør gældende, at særligt de følgende punkter vil skulle tages i betragtning:

— Der foreligger et markedssvigt (projektet vil ikke blive gennemført uden offentlig medfinansiering)

— Den offentlige medfinansiering er begrænset til det absolut nødvendige, for at projektet kan gennemføres

— Medfinansieringen gives alene til etableringen (opførelsen) af faciliteterne, eftersom den efterfølgende drift vil foregå på markedsvilkår

— Opførelsen af sådanne faciliteter er indbegrebet af en stats ansvar over for offentligheden, og

— Fordi multiarenaen tilbyder anderledes faciliteter, vil den kun i meget begrænset omfang indgå i konkurrence om arrangementer, hvorom det kan antages, at de ellers ville blive afholdt andre steder i København.

⁽¹⁾ Kontrakten med den valgte operatør forventes at få en varighed på 25 år. I februar 2012 modtog Kommissionen meddelelse om, at udbuddet af operatøropgaven var afsluttet, og at der var blevet valgt en operatør. Danmark skal bekræfte, at der ikke er blevet udbetalt støtte til projektet, herunder til den valgte operatør, og at standstill-forpligtelsen overholdes (se afgørelsens punkt 43).

⁽²⁾ De danske myndigheder har bekræftet, at udbudsrunder om valg af operatør er funderet på gennemsigtige, objektive og ikke-diskriminerende vilkår og krav, at den relative vægtning af de enkelte delkriterier er fastlagt på forhånd, og at pris indgår som et vigtigt kriterium i den samlede vurdering.

^(*) Forretningshemmelighed

⁽³⁾ DIF er hovedorganisation for 61 specialforbund med et samlet medlemsantal på over 1,6 millioner fordelt på ca. 10 700 sportsforeninger. Ud over at være ansvarlig for både elite- og breddeidræt er DIF national olympisk komité og er således ansvarlig for den danske deltagelse ved OL.

4. BEMÆRKNINGER FRA TREDJEPARTER

- 17) Som nævnt har Kommissionen modtaget to klager vedrørende den foreslåede foranstaltning. Begge disse gør gældende, at multiarenaet vil fordreje eller true med at fordreje konkurrencevilkårene på markedet for afholdelse af arrangementer, særligt på markedet for afholdelse af kommercielle mellemstore og store underholdningsarrangementer, og påvirke handlen mellem medlemsstaterne, eftersom operatøren vil indgå i konkurrence med operatører af lignende faciliteter i andre medlemsstater.
- 18) En af klagerne går dybere ind i vurderingen af projektet ved at gøre gældende, at der vil være tale om statsstøtte, der er uforenelig med det indre marked på grund af dens konkurrencefordrejende virkning på markedet for afholdelse af kommercielle mellemstore og store underholdningsarrangementer. Det gøres endvidere gældende, [...], vil statsstøtten kunne føre til vertikal markedsafskærmning.
- 19) Klageren gør særligt gældende, at multiarenaen giver operatøren en fordel, eftersom andre lignende faciliteter i København, der kan huse kommercielle mellemstore og store underholdningsarrangementer, enten selv har skullet finansiere opkøb af jord og anlæg eller har indhentet ekstern finansiering, som tilbagebetales med provenuet fra driften af de relevante faciliteter. Ifølge klageren sikrer en udbudsrunde ikke i sig selv, at den godtgørelse, som operatøren betaler til multiarenaens ejer, dækker arenaens finansieringsomkostninger. Desuden afhjælper udbudsprocessen ikke i sig selv det faktum, at den godtgørelse, som den private operatør betaler, vil være kunstigt lav sammenholdt med det investeringsafkast, som de konkurrerende operatører af lignende private faciliteter er nødt til at opnå.
- 20) Følgelig kan der ske det, at multiarenaens operatør gennem sit kunstigt lave omkostningsniveau kan tiltrække alle eller næsten alle mellemstore og store underholdningsarrangementer med entrébetaling på bekostning af andre lignende faciliteter, som vil tabe deres væsentligste indtægtskilde med den konsekvens til følge, at foranstaltningen ikke alene vil fordreje konkurrencevilkårene men endda kan true andre lignende faciliteter på deres overlevelse. Eftersom operatøren vil indgå i konkurrence med operatører af lignende faciliteter i andre medlemsstater (særligt i Sverige og muligvis også i dele af Tyskland), vil foranstaltningen få konsekvenser for samhandelen mellem medlemsstaterne.

5. VURDERING AF FORANSTALTNINGEN

5.1. Vurdering af, om der foreligger statsstøtte efter artikel 107, stk. 1, i traktaten om den Europæiske Unions funktionsmåde ⁽¹⁾

- 21) Ifølge artikel 107, stk. 1, i traktaten om den Europæiske Unions funktionsmåde »er statsstøtte eller støtte, som ydes ved hjælp af statsmidler under enhver tænkelig form, og som fordrejer eller truer med at fordreje konkurrencevilkårene ved at begunstige

visse virksomheder eller visse produktioner, uforenelig med det indre marked, i det omfang den påvirker samhandelen mellem medlemsstaterne.«

- 22) For at blive betragtet som statsstøtte, skal den anmeldte foranstaltning således opfylde følgende kumulative betingelser: 1) foranstaltningen skal indebære, at der anvendes statsmidler, 2) den skal give virksomheder en økonomisk fordel, 3) denne fordel skal være selektiv og fordreje eller true med at fordreje konkurrencevilkårene, og 4) foranstaltningen skal påvirke samhandelen mellem medlemsstaterne.
- 23) Hvad angår kravet om, at foranstaltningen skal indebære, at der anvendes statsmidler, og skal kunne henføres til staten, så er det åbenbart, at kriteriet er opfyldt i denne sag, eftersom foranstaltningen delvist finansieres af Københavns Kommune, og By & Havn (ejet af Københavns Kommune og den danske stat) stiller jord til rådighed. Københavns Kommune og den danske stat er selvsagt offentlige myndigheder, der anvender midler, som tilhører og/eller kontrolleres af staten. Tilskuddene fra Elitefacilitetsudvalget, der i hvert fald delvist er finansieret af den danske stat, og Region Hovedstaden (den regionale administrative enhed bestående af Københavns og Frederiksberg Kommune samt Bornholms Regionskommune) burde i princippet også betragtes som statsmidler. Kommuner er offentlige myndigheder og dermed en del af staten, hvorfor deres midler kan henføres til staten. Elitefacilitetsudvalget er utvivlsomt i det mindste delvist finansieret af den danske stat og modtager derfor statsmidler, som udvalget uddeler i overensstemmelse med sit formål. Hvad angår tilskuddene fra DIF, så gør de danske myndigheder gældende, at der ikke er tale om statsmidler. Da DIF også er Danmarks Olympiske Komité og dermed ansvarlig for den danske deltagelse i de olympiske lege, og da DIF's finansiering fremstår uklart, kan det imidlertid ikke på nuværende tidspunkt udelukkes, at DIF modtager og uddeler statsmidler, i det mindste i forbindelse med varetagelsen af denne opgave.
- 24) Kommissionen finder, at såvel opførelsen som driften af infrastruktur udgør en økonomisk aktivitet i sig selv (og derfor er underlagt statsstøttereglerne), hvis den infrastruktur, som der er tale om, anvendes eller vil blive anvendt til at forsyne markedet med varer eller tjenesteydelser. I denne sag er multiarenaen beregnet til f.eks. kommercielle musik-, kultur- og sportsarrangementer, altså til at forsyne markedet med tjenesteydelser. Dette synspunkt deles af Retten i Leipzig/Halle-sagerne ⁽²⁾. I infrastruktursager kan støtte således ydes på flere forskellige niveauer: opførelse, drift og brug af faciliteterne.
- 25) Hvad angår opførelsen, kan det kun udelukkes, at der er tale om statsstøtte, hvis støtten er i overensstemmelse med det markedsøkonomiske investorprincip. I denne sag anerkender de danske myndigheder imidlertid, at multiarenaet ikke ville blive gennemført ved markedskræfternes virke alene, og at offentlig støtte er nødvendig for, at projektet kan gennemføres. Således gør de danske myndigheder ikke gældende, at projektet er i overensstemmelse med det markedsøkonomiske investorprincip.

⁽¹⁾ Med virkning fra den 1. december 2009 er EF-traktatens artikel 87 og 88 blevet til henholdsvis artikel 107 og 108 i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde. De to sæt bestemmelser er i alt væsentligt identiske. I denne afgørelse skal henvisninger til artikel 107 og 108 i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde efter omstændighederne forstås som henvisninger til EF-traktatens artikel 87 og 88.

⁽²⁾ Forenede sager T-455/08 og T-443/08.

- 26) På nuværende tidspunkt finder Kommissionen, at den offentlige medfinansiering af multiarenaens opførelse udgør en fordel, og at der dermed er tale om statsstøtte, eftersom medfinansieringen utvivlsomt ikke er i overensstemmelse med det markedsøkonomiske investorprincip og afhjælper et markedssvigt (projektet ville ikke blive gennemført uden offentlig støtte). Kommissionen er derfor ikke på nuværende tidspunkt i stand til at udelukke, at der kan være tale om en økonomisk fordel på operatør- brugerplan.
- 27) Hvad angår driften, så skal de nøjagtige betingelser for valget af operatør og for aftalen mellem operatøren og arenaselskabet undersøges nærmere.
- 28) Hvad angår statsstøtte på brugerplanet, så skal det undersøges nærmere, om det sikres, at multiarenaen vil blive anvendt på ikke-diskriminerende vilkår uden favorisering af nogen specifik virksomhed og på markedsvilkår. Dette er især nødvendigt, fordi det er tilkendegivet, at der kan gives incitamenter eller fordele til enhver hyppig eller tilbagevendende bruger eller lejer af multiarenaen eller til dens sponsorer eller forretningspartnere.
- 29) I realiteten kan enhver virksomhed, der ejer, anvender eller forvalter en del af faciliteterne få gavn af støtten, med mindre disse virksomheder betaler priser, der tilsvarende prisen for sammenlignelige faciliteter på det relevante marked.
- 30) På nuværende tidspunkt kan Kommissionen således ikke udelukke, at den anmeldte foranstaltning omfatter statsstøtte på både operatør- og brugerplan. I særdeleshed er det nødvendigt med yderligere undersøgelser for at efterprøve, om valget af og aftalen med operatøren kan siges at være baseret på markedsvilkår, idet der også tages hensyn til de ovenfor nævnte bemærkninger fra tredjeparter. Hvad angår brugerplanet, så skal det efterprøves, om alle potentielle brugere har adgang til multiarenaen på lige og ikke-diskriminerende vilkår.
- 31) Kommissionens foreløbige vurdering viser således, at det ikke på noget plan (opførelse, drift eller brug) kan udelukkes, at der er tale om en selektiv økonomisk fordel, og at projektet derfor kan omfatte statsstøtte. Desuden vil den offentlige medfinansiering af multiarenaen, uden hvilken arenaen ikke ville blive opført, højst sandsynligt fordreje eller true med at fordreje konkurrencevilkårene. Eftersom markedet for afholdelse af internationale arrangementer er åbent for konkurrence mellem facilitetsoperatører og tilrettelæggere af arrangementer, der generelt er involveret i aktiviteter, som er genstand for samhandel mellem medlemsstater, kan det antages, at der vil ske en påvirkning af samhandelen. I denne sag er det endda endnu mere sandsynligt, at der vil ske en påvirkning af samhandelen mellem visse nabomedlemsstater på grund af placeringen af den planlagte multiarena. Desuden fandt Retten i sin nylige kendelse vedrørende Ahoy-komplekset i Nederlandene, at der ikke var nogen grund til at begrænse definitionen af markedet til den omtalte medlemsstats område ⁽¹⁾.
- 32) På nuværende tidspunkt og på grundlag af sin foreløbige vurdering kan Kommissionen således ikke udelukke, at den anmeldte foranstaltning omfatter elementer, der kan betragtes som statsstøtte i henhold til artikel 107, stk. 1, i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde. Under de ovenfor nævnte omstændigheder er det således nødvendigt at overveje, om foranstaltningen kan betragtes som værende forenelig med det indre marked.

5.2. Forenelighedsundersøgelse

- 33) De danske myndigheder har gjort gældende, at hvis foranstaltningen skal betragtes som statsstøtte, så må den være forenelig med det indre marked i henhold til artikel 107, stk. 3, i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde. Før en foreslået foranstaltning kan betragtes som forenelig med det indre marked i henhold til denne undtagelse, skal Kommissionen undersøge, om foranstaltningen forfølger en politisk målsætning af fælles interesse, og om den er nødvendig og proportionel og ikke fordrejer konkurrencevilkårene urimeligt.
- 34) Hvad angår virkeliggørelsen af en politisk målsætning af fælles interesse, skal det bemærkes, at opførelsen af faciliteter beregnet til sport og andre offentlige arrangementer, og som understøtter forskellige typer aktiviteter til gavn for offentligheden, kan betragtes som et statsansvar, særligt i lyset af Amsterdam-traktatens Erklæring om sport og artikel 165 i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde. Opførelsen af faciliteter som multiarenaen indebærer desuden en stor og risikabel investering, som markedet muligvis ikke er i stand til at gennemføre på egen hånd.
- 35) Hvad angår den anmeldte foranstaltnings nødvendighed og proportionalitet, så noterer Kommissionen sig det anførte behov for kapacitetsudvidelse, grundet at den kapacitet, som de eksisterende lignende faciliteter kan tilbyde, er utilstrækkelig og derfor uegnet til visse typer arrangementer, osv. (ifølge de danske myndigheder har ingen andre lignende faciliteter i København kapacitet og fleksibilitet til at tiltrække væsentlige internationale sportsarrangementer og shows). I den henseende bør det også bemærkes, at multiarenaen til en vis grad vil overlappe med anden infrastruktur (der findes andre lignende faciliteter både i nærheden og i nærliggende byer/lande), og på nuværende tidspunkt er det ikke blevet tilstrækkeligt begrundet, hvorfor behovet for yderligere kapacitet ikke kan opfyldes af private aktører eller ved at benytte de eksisterende lignende faciliteter i Danmark. De danske myndigheders argument om, at multiarenaen muliggør afholdelsen af en række arrangementer, som angiveligt ikke kan finde sted i København på nuværende tidspunkt, og at multiarenaen således øger antallet af arrangementer og kun i begrænset udstrækning konkurrerer om arrangementer, som kan antages alligevel at ville være blevet afholdt i København, skal undersøges yderligere, særligt i lyset af de indsendte klager. Det er ligeledes nødvendigt yderligere at vurdere, om den offentlige finansiering virkelig er begrænset til det strengt nødvendige, og om den står i forhold til sit mål. Hvis det desuden også viser sig, at der er tale om statsstøtte til multiarenaen på drifts- og brugsplan, så vil det være nødvendigt at undersøge nærmere, om kravene om nødvendighed og proportionalitet er opfyldt (dvs. at undersøge de nøjagtige betingelser for valg af operatør og aftalen mellem operatøren og arenaselskabet).

⁽¹⁾ Rettens kendelse af 26. januar 2012, præmis 45, sag T-90/09, Mojo Concerts og Amsterdam Music Dome Exploitatie mod Kommissionen.

- 36) På baggrund af sin foreløbige vurdering er Kommissionen således i tvivl om, hvorvidt det anmeldte projekt kan betragtes som foreneligt med det indre marked i henhold til artikel 107, stk. 3, litra c), hvad angår alle tre mulige planer for støtte (opførelse, drift og brug).
- 37) På nuværende tidspunkt har Kommissionen ikke foretaget en vurdering af andre mulige undtagelser, i henhold til hvilke foranstaltningen kunne blive betragtet som forenelig med det indre marked. De danske myndigheder har ikke fremført yderligere specifikke argumenter i den henseende.

6. KONKLUSION

På grundlag af de oplysninger, som de danske myndigheder og tredjeparter har indgivet, finder Kommissionen efter sin foreløbige vurdering, at finansieringen af en ny multiarena i København – inden for rammerne af det ovenfor beskrevne projekt – kan udgøre statsstøtte som omhandlet i artikel 107, stk. 1, i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde.

- 38) Kommissionen er som anført ovenfor i tvivl om, hvorvidt den potentielle statsstøtte er forenelig med det indre marked.
- 39) I betragtning af disse tvivlsspørgsmål og af den potentielle statsstøttes indvirkning på private operatørers investeringer synes det påkrævet, at Kommissionen indleder en formel undersøgelsesprocedure.
- 40) Endelig vil indledningen af proceduren gøre det muligt for interesserede tredjeparter at fremsætte bemærkninger til de spørgsmål, som dette projekt rejser.
- 41) I lyset af de ovennævnte betragtninger opfordrer Kommissionen efter proceduren i artikel 108, stk. 2, i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde Danmark til senest en måned efter modtagelsen af dette brev at fremsætte sine bemærkninger hertil og fremsende alle oplysninger, der måtte være nyttige for vurderingen af støtten/foranstaltningen. Kommissionen opfordrer myndighederne til straks at sende en kopi af dette brev til den potentielle støttemodtager.
- 42) Kommissionen minder Danmark om, at artikel 108, stk. 3, i traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde har opsættende virkning, og henviser til artikel 14 i Rådets forordning (EF) nr. 659/1999, hvor det er fastsat, at ulovligt udbetalt støtte kan kræves tilbagebetalt af støttemodtageren. I den henseende skal Danmark bekræfte, at der ikke er udbetalt støtte til dette projekt, og at Danmark vil overholde standstill-forpligtelsen, dvs. at støtten først kan ydes efter Kommissionens godkendelse, så den foreslåede foranstaltning ikke gennemføres, før Kommissionen har godkendt den⁽¹⁾. I modsat fald vil foranstaltningen blive betragtet som ulovlig (ikke-anmeldt) støtte.
- 43) Kommissionen gør Danmark opmærksom på, at den vil underrette interesserede parter ved at offentliggøre dette brev samt et fyldestgørende resumé af det i *Den Europæiske Unions Tidende*. Kommissionen underretter ligeledes interesserede parter i de EFTA-lande, der har undertegnet EØS-aftalen, ved offentliggørelse af en meddelelse i EØS-tillægget til *De Europæiske Fællesskabers Tidende*, samt EFTA-Tilsynsmyndigheden ved fremsendelse af kopi af dette brev. Alle interesserede parter vil blive opfordret til at fremsætte deres bemærkninger senest en måned efter meddelelsens offentliggørelse.
- 44) Det skal også bemærkes, at denne afgørelse på ingen måde foregriber andre analyser, som Kommissionen eventuelt måtte udføre, for så vidt angår overholdelsen af EU's regler for offentlige indkøb.“

⁽¹⁾ Se artikel 3 i Rådets forordning (EF) nr. 659/1999 af 22. marts 1999 om fastlæggelse af regler for anvendelsen af EF-traktatens artikel 93 (nu artikel 88) i EF-traktaten (EFT L 83 af 27.3.1999, s. 1-9).

STAATLICHE BEIHILFEN — SCHWEDEN**Staatliche Beihilfe SA.33618 (12/C) (ex 11/N) — Uppsala Arena****Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2012/C 152/07)

Mit Schreiben vom 21. März 2012, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Schweden von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu eröffnen.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu der Maßnahme, die Gegenstand des von der Kommission eröffneten Verfahrens ist, Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Direktion C
Rue de la Loi/Wetstraat 200
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
Fax +32 22961242

Alle Stellungnahmen werden Schweden übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekanntgegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG**Das Verfahren**

Schweden hat eine Maßnahme zugunsten einer neuen Veranstaltungshalle in Uppsala (Uppsala Arena, Schweden) bei der Kommission zur Genehmigung angemeldet.

Beschreibung der Maßnahme

Die Uppsala Arena ist als Mehrzweckhalle konzipiert, die sich für verschiedene Sportarten (Eishockey, Basketball, Floorball, Handball und Pferdesportarten), verschiedene Arten von Veranstaltungen (Konzerte, Familien-, Fernseh- und Galaveranstaltungen) sowie als Ausrichtungsort für Kongresse, Konferenzen, Unternehmenszusammenkünfte, Handelsmessen, Firmenveranstaltungen und Kirchentreffen eignet. Die Höchstkapazität liegt für Sportveranstaltungen bei 8 500 und für Kongresse und Konzerte bei 10 000 Besuchern.

An der Uppsala Arena sind die Stadt Uppsala, die Arena Company, die Property Company und die Events Company beteiligt. Die Kosten des Vorhabens sind mit 650 Mio. SEK (72 Mio. EUR) veranschlagt. Der Zuschuss der Stadt Uppsala würde 150 Mio. SEK (16,5 Mio. EUR) betragen, der Rest soll im Wesentlichen über Kredite und bis zu einem gewissen Grad mit Hilfe von Privatinvestoren finanziert werden. Eigentümer der Uppsala Arena ist die Property Company, die wiederum ausschließlich im Eigentum privater Investoren stehen wird. Die Stadt Uppsala wird somit weder Anteile an der Veranstaltungshalle besitzen noch Einfluss auf die Geschäfte der Property Company haben. Der Stadt Uppsala wird als Absicherung für ihren finanziellen Beitrag eine Kaufoption für die Property Com-

pany eingeräumt. Die Veranstaltungshalle soll auf einem Grundstück gebaut werden, das der Stadt Uppsala gehört; für dieses Grundstück werden die Property Company und die Stadt Uppsala einen Pachtvertrag über 50 Jahre abschließen.

Für den Betrieb der Uppsala Arena wird die Events Company (im Besitz privater Investoren) verantwortlich sein. Des Weiteren wird die Stadt Uppsala einen Pachtvertrag mit der Events Company schließen, in dem unter anderem die Nutzung der Eishalle für Sportvereine und die allgemeine Öffentlichkeit sowie die Nutzung der Veranstaltungshalle durch die Stadt Uppsala für eigene Veranstaltungen festgelegt sein werden. Die Events Company muss sicherstellen, dass die Arena der breiten Öffentlichkeit zu Marktbedingungen und diskriminierungsfrei zur Verfügung steht.

Beihilferechtliche Würdigung der Maßnahme

Auf der Grundlage einer ersten vorläufigen Würdigung hat die Kommission Zweifel, dass die in Rede stehende Maßnahme keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 AEUV darstellt. So kann nach erster vorläufiger Prüfung nicht ausgeschlossen werden, dass auf den verschiedenen Ebenen des Vorhabens (Bau, Betrieb, Nutzung) ein selektiver wirtschaftlicher Vorteil gewährt würde. Darüber hinaus steht zu befürchten, dass aufgrund der Kofinanzierung der Veranstaltungshalle durch die öffentliche Hand, die den Angaben zufolge nur der Deckung eines verbleibenden Finanzierungsdefizits dient (da sich auf dem Markt keine anderen Finanzgeber gefunden haben) und ohne die die Finanzierung der Veranstaltungshalle nicht gewährleistet wäre, der Wettbewerb verfälscht wird oder zumindest die Gefahr einer Wettbewerbsverfälschung besteht. Selbst wenn die

meisten für die Veranstaltungshalle geplanten Aktivitäten lokalen Charakters sind, eignet sich die Anlage ebenfalls für große internationale Veranstaltungen, so dass Auswirkungen auf den Wettbewerb und den Handel zwischen Mitgliedstaaten nicht ausgeschlossen werden können. Deshalb vertritt die Kommission zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in Anbetracht der Erkenntnisse ihrer vorläufigen Prüfung die Auffassung, dass es sich bei der angemeldeten Maßnahme um eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV handeln könnte.

Folglich muss geprüft werden, ob die Maßnahme nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden kann. Im Rahmen der wettbewerbsrechtlichen Würdigung muss untersucht werden, ob die Maßnahme einem Ziel von allgemeinem Interesse dient, sie erforderlich und angemessen ist und keine unverhältnismäßigen Wettbewerbsverzerrungen verursacht. Nach der vorläufigen Prüfung hat die Kommission Zweifel, ob das geplante Vorhaben zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Bezug auf die drei Ebenen, auf der eine Beihilfe vorliegen könnte (Bau, Betrieb und Nutzung), nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden kann.

Aufgrund dieser Zweifel und angesichts der Auswirkungen etwaiger staatlicher Beihilfen auf die Investitionen privater Betreiber hat die Kommission beschlossen, das förmliche Prüfverfahren zu eröffnen.

SCHREIBEN

„The Commission wishes to inform Sweden that, after having examined the information supplied by your authorities on the measure referred to above, it has decided to initiate the procedure laid down in Article 108(2) of the Treaty on the Functioning of the European Union.

1. PROCEDURE

- (1) On 7 December 2012, the Swedish authorities notified the European Commission a measure for a new arena in Uppsala following a pre-notification phase. On 17 January 2012, the Commission sent a request for information. The Swedish authorities submitted their reply on 16 February 2012. The Swedish authorities have provided a language waiver and agree that the decision will be adopted in English as the authentic language.

2. DESCRIPTION OF THE MEASURE

- (2) The parties involved in the Uppsala Arena project are the municipality of Uppsala⁽¹⁾ (hereafter the "municipality"), the Arena Company, the Property Company and the Events Company. The Arena Company will manage and coordinate the Arena project until the Property Company and Events Company have been formed. The Arena Company is thus the only one of the three companies which currently exists. It is owned by the private companies SH Bygg (45 %), Aros Holding (45 %) and the sports association Almtuna IS (10 %).

⁽¹⁾ Uppsala is the fourth largest city in Sweden (located approx. 70 km north of Stockholm).

- (3) In order to meet the current and future need for new facilities for sports and cultural events, the municipality of Uppsala claims, based on the result of studies made⁽²⁾, that a multifunctional facility of the size of the arena must be constructed.

- (4) The arena will be designed for several types of sports (ice hockey, basketball, floor ball, handball and equestrian sports), several types of entertainment events (concerts, family shows, TV productions and gala events) as well as various types of meetings (congresses, conferences, company meetings, trade fairs, corporate events and church meetings). The largest "arena room" will have the capacity to take 8,500 visitors at sport events and 10,000 at conventions and concerts.⁽³⁾ The arena will also house a gym and restaurants.

- (5) There are six existing arenas/concert halls in Uppsala (four owned by the municipality and two privately owned). In addition, there are other large arenas within 1-2 hours distance from Uppsala, i.a. in Stockholm. The new arena is to be located next to the present Gränby Ice Rink (the largest existing indoor arena in Uppsala). However, the municipality claims that the present capacity is insufficient to meet the needs for arena space and does not allow hosting of larger sports and cultural events and that alternative means of expansion would be more expensive for the municipality⁽⁴⁾.

- (6) The municipality had hoped that private investors would be able to finance the realization of the arena without municipal intervention. However, this has proven impossible.

2.1. Construction and Ownership

- (7) The arena will be owned by the Property Company which in turn will be owned exclusively by private investors (currently not known which these will be). The municipality will thus not own any part of the arena nor have any influence over the activities of the Property Company. As regards security for its contribution, the municipality will receive an option to purchase the Property Company.

⁽²⁾ For the Uppsala Arena, several surveys have been submitted e.g. a survey on the needs for facilities for organized sports associations in Uppsala, the result thereof showed that currently only around 70 % of the need for facilities for major sports in Uppsala is being satisfied and thus the lack of capacity would correspond to approximately 30 %. Another questionnaire amongst the residents of Uppsala in which 37 % of the residents believe that the Municipality should invest in sports halls, arenas and stadiums (the second most required investment after bike and walking paths), and that investments in sport events are preferred by 16 %.

⁽³⁾ The larger of the two wings of the Arena will have the capacity to take 2,000 visitors at sports and 3,500 visitors at congresses and concerts. The smaller of the two wings of the Arena will have the capacity to take around 1,000 visitors at any event and the "conference room" of the Arena has room for 10-400 visitors.

⁽⁴⁾ E.g. only maintaining the existing Gränby Ice Rink without any expansion of capacity would allegedly not be a realistic alternative, because it would not solve the need for new capacity and expanding the capacity of Gränby Ice Rink would allegedly involve higher costs for the municipality.

- (8) The key elements of the option are as follows: The option may not be exercised prior to the expiry of 5 years and after the expiry of 25 years from the date it comes into force; the option shall be transferable and may not be disposed of prior to the expiry of 5 years; and the option holder shall pay a fee for exercising the option [...] (*). The option is allegedly valued, in the most likely scenario, i.e. the base scenario, at [...]. From the municipal's perspective, the value of the option lies primarily in the fact that the option can be sold in the future for a profit to someone that has a real interest in owning and operating the arena.
- (9) The Arena Project is budgeted at SEK 650 million (EUR 72 million). The municipality would contribute with a grant of SEK 150 million (EUR 16.5 million), the rest will be financed mainly by loans and to a certain extent by investments from private investors. The Property Company will receive SEK 15 million from the municipality, as an advance payment, once/if the project is found compatible with the internal market by the Commission for building planning and design work. The remaining amount of the municipal grant will only be provided once binding agreements regarding the private funding have been secured. Private investors shall contribute SEK 75–100 million (EUR 8-11 million) in a financial instrument, the exact form is under negotiation. The Property Company will take up loans of between SEK 400–425 million (EUR 44-47 million) for which the municipality will not guarantee any commitments. The lenders will take security in the arena.
- (10) The arena is to be constructed on the municipality's land, for which a site leasehold agreement will be entered into between the Property Company and the municipality with duration of 50 years. The lease shall be SEK 50,000 per year (EUR 5,500), which is claimed to be on market terms.

2.2. Operation and Use

- (11) The operation of the arena will be conducted by the "Events Company" (owned by private investors, which will not at the same time own shares of the property Company). The Events Company will handle the letting and booking of the arena and shall enter into a lease agreement with the Property Company for this purpose. There are currently [...] letters of intent from different private companies with experience from operating similar businesses.
- (12) Separately, the municipality will enter into a lease agreement with the Events Company in order to regulate, inter alia, ice times for sports associations and the general public, as well as the municipality's use of the arena for its own events. The basic features of the lease are the following: The lease will be for 25 years with a rent of SEK 15 million (EUR 1.7 million) per year, indexed annually according to consumer price index (however the first four years the municipality will pay two years rent in advance each year). In return, the municipality shall be entitled to use the arena around 20 %

of the total possible use of the Arena (on its own behalf or sublease to a third party). Besides the municipality's rent, the arena is estimated to have other revenues of initially SEK 30 million per year (EUR 3.3 million).

- (13) Regarding the use of the arena, the Events Company has to ensure that the arena is made available to the general public on market terms and under non-discriminatory conditions. Thus, the arena is claimed to be multifunctional open to all with no main user.

3. THE VIEWS OF THE SWEDISH AUTHORITIES

- (14) The Swedish authorities have, for the purpose of the notification, assumed the presence of aid with regard to the proposed measure and only claim compatibility.
- (15) If the arena project would involve state aid, the Swedish authorities argue that it should be considered compatible with the internal market under article 107(3)(c) TFEU. They argue that in particular the following should be taken into consideration:
- The arena satisfies a well-defined objective of common interest in light of the arena's multifunctional character and present lack of facilities capacity in Uppsala, the municipality will be fulfilling its responsibility to the general public by making the arena project possible.
 - The necessity of the arena is based on the fact that the current arena capacity is not enough and not of the modern design that is demanded for current and future needs of which several studies have been made. ⁽⁵⁾ The current sports and cultural facilities in Uppsala are out of date and hence the arena will not compete with any of the arenas that are used today.
 - There is a market failure (the project would not be realised in the absence of public co-funding as without the municipal contribution there will not be enough funds to finance the arena project, the lease is necessary in order for the municipality to be granted access to the arena, and the site leasehold is essential as only the municipality can provide a place for the arena);
 - The public co-funding is limited to the strictly necessary in order to realise the project (the municipal contribution is limited to the funding gap i.e. what no other market actors are willing to contribute), the lease that the municipality will pay for 20 % of the arena's capacity is fair and on market terms (the municipality is paying a lower hourly price than the Events Company) and the site leasehold is the same as that paid by other site leasehold interest holders in Uppsala to the municipality for land that can only be used for the building of sports facilities;

(*) Business secret

⁽⁵⁾ See footnote 2 above.

- Alternatives are more expensive or not realistic. A possibility would be to maintain the existing arena (Gränby Ice Rink) without any expansion of capacity, however this would not be a realistic alternative to the arena because it would not solve the need for new capacity and the costs for operation and maintenance of an unchanged Gränby Ice Rink are particularly high⁽⁶⁾. A realistic alternative to the arena could be to expand the capacity of Gränby Ice Rink, although this would involve higher costs for the municipality⁽⁷⁾ and the arena would not be in a position to satisfy the need for facilities to host larger events. Thus, the alternatives to the arena do not fulfil the need for facilities.
- Limited, if any, effect on competition and trade between member States since the economic activities are mostly local and thus do not significantly affect trade between EU member States. In addition the private facilities in the municipality have different profiles and cannot be considered to compete for the same audiences as the arena.

4. ASSESSMENT OF THE MEASURE

4.1. Existence of aid within the meaning of Article 107(1) of the TFEU⁽⁸⁾

- (16) According to Article 107(1) TFEU, "*any aid granted by a Member State or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Member States, be incompatible with the internal market*".
- (17) In order to be classified as a state aid, the notified project must thus fulfil the following cumulative conditions: 1) the measure must be granted through State resources; 2) it has to confer an economic advantage to undertakings; 3) this advantage must be selective and distort or threaten to distort competition; and 4) the measure must affect intra-Community trade.
- (18) With regard to the requirement that the measure must be granted through State resources and attributable to the State, this criterion is clearly fulfilled in this case as the municipality of Uppsala itself will contribute with a direct grant, pay rent for use of the arena and provide the land where the arena is to be built. Municipalities, like Uppsala,
- are public authorities and part of the State and their resources thereby deemed attributable to the State.
- (19) The Commission is of the opinion that both the construction and operation of an infrastructure constitute an economic activity in itself (and are thus subject to state aid rules) if that infrastructure is, or will be used, to provide goods or services on the market. In this case, the arena is intended for e.g. music, culture and sport events on a commercial basis, i.e. for the provision of services on the market. This view has been confirmed by the General Court in Leipzig/Halle.⁽⁹⁾ Consequently in infrastructure cases, aid may be granted at several levels: construction, operation and use of the arena.
- (20) Regarding the construction, according to the Swedish authorities, the municipality had initially hoped that private investors would finance the realization of the arena, but it has proven impossible to carry out the project without public funding. The direct grant by the municipality is thus claimed to be necessary, as without it there will not be enough funds to finance the arena project. In return for its contribution, the municipality will receive access to the arena (through a lease agreement) and an option to purchase the Property Company (see paragraph (8) above). The lease agreement, and its relatively long duration, is claimed to be necessary and also reducing risk since the municipality is expected to be an essential customer of the arena. If the municipality would abstain from using the arena, the prerequisites of the project would, according to Sweden, change dramatically. The municipality is also essential for the purpose of the site leasehold, as this measure, allegedly, can only be taken by the municipality. According to the Commission, at least at this stage, the public co-financing of the construction of the arena would constitute an economic advantage and thus aid, since the project would admittedly not be realised in the absence of public funding and the municipality's participation (direct grant, lease agreement and site leasehold) is essential to the arena project as a whole.
- (21) The operation of the Uppsala arena will be carried out by the Events Company, which will be a wholly privately owned company devoted to making the arena as profitable as possible. The municipality will not be involved in selecting the companies that will ultimately make up the ownership and management of the Events Company, as this selection will be coordinated by the Arena Company together with the Property Company, with the expressed condition that the Events Company and the Property Company will not be part of the same corporate group. At this stage, the details of the selection criteria are, at least to the Commission, not clear. The Swedish authorities have stated that "it is reasonable to assume that the selection criteria will be rational and business-focused" and that "the criteria will include experience and knowledge of the events, sports and restaurant markets and commitment to the Events Company". So far [...] letters of intent have been signed by private companies interested in becoming involved in the Events Company.

⁽⁶⁾ The current value of maintaining the existing Gränby Ice Rink for the next 25 years is SEK 430 million (EUR 48.4 million) at a discount interest of 8 %.

⁽⁷⁾ As regards the alternative of expanding the capacity of Gränby Ice Rink, it would increase the costs further and the current value of the costs for an expansion is SEK 455 million (EUR 51.3 million). The municipality's rent payments for the arena, in comparison, would allegedly be at the current value of SEK 382 million (EUR 43 million).

⁽⁸⁾ With effect from 1 December 2009, Articles 87 and 88 of the EC Treaty have become Articles 107 and 108, respectively, of the TFEU. The two sets of provisions are, in substance, identical. For the purposes of this Decision, references to Articles 107 and 108 of the TFEU should be understood as references to Articles 87 and 88, respectively, of the EC Treaty where appropriate.

⁽⁹⁾ Joint cases T-455/08 and T-443/08.

- (22) Regarding the operation of the Uppsala arena, and as explained above, this will be assigned to a predetermined company and the conditions of the lease agreement between the operator and the owner are unclear. Unless the conditions are market-conform, aid from the investment could be passed on to the operator. In addition, the municipality will enter into a lease agreement with the operator. The lease agreement shall be for 25 years with a basic rent of SEK 15 million (EUR 1.7 million) per year (however during the first four years of the agreement the municipality will pay two years rent in advance each year) in return for use of around 20 % of the total possible use of the arena. At this stage, the Commission takes the view that it is very unlikely that such conditions could be considered to represent market terms (e.g. the long duration of 25 years and the amount appears high in relation to the return). This could also point to the existence of aid at the operator level. The Commission can therefore not on the evidence available rule out state aid to the operator of the Uppsala arena. Thus, both the precise details of the selection process and criteria for the operator and its lease agreement with the Property Company would need to be clarified..
- (23) Regarding aid at the user level, it needs to be further verified whether use of the arena will be ensured on a non-discriminatory basis without favouring any specific undertaking(s) and on market terms. This is particularly so as there are indications that it may be intended mainly for elite sports associations and/or that it may become the home arena for (a) certain sport association(s).
- (24) In fact, the potential beneficiaries of the measure could be all undertakings, which can own, use or manage part of the facilities benefiting from the aid, unless these undertakings would pay comparable prices for comparable facilities on the same relevant market.
- (25) Considering the above and in particular the lack of details regarding the selection of the operator and its lease agreement with the Property Company, and possible main user(s) and its/theirs economic activities, the Commission is not, at this stage, in a position to rule out an economic advantage at the operator and user levels.
- (26) Thus, the preliminary assessment of the Commissions shows that a selective economic advantage cannot be excluded at any level (construction, operation and use) and consequently the project would involve state aid. In addition, the public co-financing of the arena, which allegedly is limited to the funding gap (i.e. that no other market actors are willing to contribute) and thus without the municipal contribution there would not be enough funds to finance the arena, would most likely thereby distort, or at least, threaten to distort competition. Even if most of the activities which are to be carried out in the arena are of local character, the arena will have the capacity to host large international events as well, and thus an effect on competition and trade between Member States cannot be excluded. It has also been stated that the majority of the arena's capacity will have

to be rented out commercially in fierce competition in order for the arena to be profitable. Moreover, the General Court has recently, in its Order concerning the Ahoy complex in the Netherlands, held that there was no reason to limit the market for use of this type of facilities to the territory of that Member State.⁽¹⁰⁾

- (27) Therefore, at this stage and based on its preliminary assessment, the Commission cannot exclude that the notified measure includes elements of state aid within the meaning of Article 107(1) TFEU. Under the conditions referred to above, it is thus necessary to consider whether the measure can be found to be compatible with the internal market.

4.2. Compatibility assessment

- (28) The Swedish authorities argued that if the measure was found to constitute state aid, this should be declared compatible under article 107(3)(c) TFEU. In order for a proposed measure to be found compatible with the internal market under this derogation, the Commission examines whether it pursues a policy objective of common interest, as well as whether it is necessary and proportional and does not cause undue distortion of competition.
- (29) With regards to the achievement of a policy objective of common interest, it is noted that the construction of venues for sport and other public events and supporting different types of activities which benefit the general public can be considered as a State responsibility, particularly in light of the Amsterdam Declaration on Sport and article 165 TFEU. In addition, the construction of arenas implies a large and risky investment which the market may not be able to carry out entirely on its own.
- (30) Concerning necessity and proportionality of the proposed measure, the Commission notes the alleged need of additional arena capacity as there is a lack of capacity in existing arenas and/or existing arenas would be inappropriate for certain types of events etc (e.g. the Swedish authorities claim that the existing facilities have become outdated and would need to be modernised if they are to meet the modern requirements of the public and that the privately owned facilities typically arrange only smaller types of events). In this respect it should also be noted that the arena would, at least to some extent, result in duplication of infrastructures (other arenas exist both directly in the areas and in nearby cities/countries) and at this stage it has not yet been sufficiently justified why the need of the arena's additional capacity cannot be met by private actors or by use of the existing arenas in Uppsala and/or expansion thereof. The argument that expanding and/or renovating existing arenas would be more expensive can easily be questioned as the costs of the municipality for the construction and use of the new arena would be SEK 150 million, EUR 16.5 million, (direct

⁽¹⁰⁾ Case T-90/09, *Mojo Concerts BV and Amsterdam Music Dome Exploitatie BV v. the European Commission*, Order of the General Court of 26/01/2012, paragraph 45.

grant) + SEK 15 million/year (EUR 1.7 million) for 25 years for use of 20 % of the arena capacity. Consequently it would need to be further justified how/why expanding/renovating the existing arena (located next to the proposed new arena) would be more expensive than constructing the new proposed arena. Moreover, it would also need to be further assessed whether the public financing is indeed limited to the strictly necessary and whether it is proportionate in order to achieve its objective. Furthermore, in case state aid would also be found at the level of operation and use of the arena, it would need to be further examined (e.g. the selection of the operator and its agreement with the Property Company) whether the necessity and proportionality requirements are fulfilled.

- (31) With regards to the user level, the openness to all potential users and, access conditions should be further verified and/or justified in particular taking into account how much the arena appears to be intended/used by elite sports associations and/or may become the home arena for (a) certain sport association(s). It should also be further examined whether the municipality's foreseen use of the arena (approximately 20 % of the time), really means that the arena is open to the general public.
- (32) Consequently, following its preliminary assessment, the Commission has doubts whether the proposed project could be deemed compatible under Article 107(3)(c) TFEU, at this stage at all three levels of possible aid (construction, operation and use) in accordance with the above.
- (33) At this stage, the Commission has not carried out an assessment with respect to other possible derogations, under which the measure could be found compatible with the internal market. In this respect, the Swedish authorities did not bring forward any further specific arguments.

5. CONCLUSION

- (34) Based on the information submitted by the Swedish authorities, the Commission, after carrying out the preliminary assessment, is of the opinion that the financing by the municipality of Uppsala of a new arena in Uppsala - within the context of the project as outlined above - might constitute state aid within the meaning of Article 107(1) TFEU. As outlined above, the Commission has doubts as regards the compatibility of the potential state aid with the internal market.
- (35) Given these doubts and the impact of potential state aid on the investments of private operators it appears

necessary that the Commission opens the formal investigation procedure.

- (36) Finally, the opening of the procedure enables interested third parties to comment on the questions raised by this project.
- (37) In the light of the foregoing considerations, the Commission, acting under the procedure laid down in Article 108(2) of the Treaty on the Functioning of the European Union, requests Sweden to submit its comments and to provide all such information as may help to assess the aid/measure, within one month of the date of receipt of this letter. It requests your authorities to forward a copy of this letter to the potential recipient of the aid immediately.
- (38) The Commission wishes to remind Sweden that Article 108(3) of the Treaty on the Functioning of the European Union has suspensory effect, and would draw your attention to Article 14 of Council Regulation (EC) No 659/1999, which provides that all unlawful aid may be recovered from the recipient. In this respect, Sweden is to confirm that no aid has been paid with regards to this project and that the standstill obligation, i.e. that the aid can only be granted after the Commission has approved the aid, will be respected and thus the proposed measure will not be put into effect before it has been authorised by the Commission.⁽¹¹⁾ If not, the measure is considered as unlawful (non-notified) aid.
- (39) The Commission warns Sweden that it will inform interested parties by publishing this letter and a meaningful summary of it in the Official Journal of the European Union. It will also inform interested parties in the EFTA countries which are signatories to the EEA Agreement, by publication of a notice in the EEA Supplement to the Official Journal of the European Union and will inform the EFTA Surveillance Authority by sending a copy of this letter. All such interested parties will be invited to submit their comments within one month of the date of such publication.
- (40) It should also be noted that this decision in no way prejudices any possible further analysis by the Commission as far as compliance with EU public procurement rules is concerned.
- (41) The Commission notes that Sweden has agreed that the decision shall be adopted in English as the authentic language."

⁽¹¹⁾ See Article 3 of Regulation 659/1999, Council Regulation No 659/1999 of 22 March 1999 laying down detailed rules for the application of Article 93 (now Art.88) of the EC Treaty. Official Journal L 83/1, 27.03.1999, p. 1-9.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.6603 — Hon Hai/Sharp/Sharp Display Products)
(Text von Bedeutung für den EWR)
(2012/C 152/08)

1. Am 21. Mai 2012 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Die Unternehmen Hon Hai Precision Industry Co. („Hon Hai“, Taiwan) und Sharp Corporation („Sharp“, Japan) erwerben im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen die gemeinsame Kontrolle über das Unternehmen Sharp Display Products Corporation („SDP“, Japan).

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Sharp: Herstellung und Verkauf einer breiten Palette von Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräten und Informationssystemen,
- Hon Hai: Auftragsherstellung elektronischer Produkte für Erstausrüster (OEM) sowie in begrenztem Rahmen auch Herstellung und Verkauf elektronischer Produkte und Bauteile unter eigenem Markennamen,
- SDP: Herstellung und Verkauf von Dünnschichttransistor (TFT)-LCD-Bildschirmen.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.6603 — Hon Hai/Sharp/Sharp Display Products per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (nachstehend „EG-Fusionskontrollverordnung“ genannt).

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.6517 — The Klesch Group/Arkema's Vinyl Products business)
Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall
(Text von Bedeutung für den EWR)
(2012/C 152/09)

1. Am 21. Mai 2012 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Klesch Group Limited, das von der Klesch-Gruppe („Klesch-Gruppe“, Malta) kontrolliert wird, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen die Kontrolle über die gesamte Vinylsparte von Arkema.
2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Klesch-Gruppe: Erdölraffination und Aluminium,
 - Vinylsparte von Arkema: Herstellung von Chlor und chlorierten Derivaten, Natriumhydroxid, Polyvinylchlorid (PVC), unterteilt in Emulsions-PVC und Suspensions-PVC, Rohren, Verbindungen und Formstahl.
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor. Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte ⁽²⁾ in Frage.
4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.6517 — The Klesch Group/Arkema's Vinyl Products business per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (nachstehend „EG-Fusionskontrollverordnung“ genannt).

⁽²⁾ ABl. C 56 vom 5.3.2005, S. 32 („Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren“).

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache COMP/M.6559 — Eurochem/K+S Nitrogen)
Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall
(Text von Bedeutung für den EWR)
(2012/C 152/10)

1. Am 21. Mai 2012 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Die Eurochem Trading GmbH („Eurochem Trading“, Deutschland), die der Unternehmensgruppe OJSC — Mineral and Chemical Company Eurochem („Eurochem“, Russland) angehört, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen die Kontrolle über die Gesamtheit der folgenden, von K+S AG („K+S“, Deutschland) kontrollierten Unternehmen (insgesamt „K+S Nitrogen“): K+S Nitrogen GmbH (Deutschland), fertiva GmbH (Deutschland), K+S Gübre ve Endüstri Ürünleri San.ve Tec. Ltd Sti (Türkei), K plus S Iberia S.L. (Spanien), K+S Agricoltura SpA (Italien), K+S Hellas SA (Griechenland), K+S Agro México SA de C.V. (Mexiko) und K+S Interservicios SA de C.V. (Mexiko). Des Weiteren erwirbt sie im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Vermögenswerten die Kontrolle über Teile der folgenden von K+S kontrollierten Unternehmen: K+S Nitrogen France SAS (Frankreich), Shenzhen K+S Trading Co. Ltd (China), K+S Asia Pacific Pte. Ltd (Singapur) und K+S AG (Deutschland). Die erworbenen Unternehmen und Vermögenswerte bilden insgesamt die Stickstoffdüngermittelsparte von K+S (das „geplante Rechtsgeschäft“).

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Eurochem: Mineralien- und Kohleabbau sowie Herstellung und Verkauf von Mineraldüngemitteln,
- K+S Nitrogen: Verkauf von stickstoffhaltigem Einnährstoffdünger sowie von Dreinährstoffdünger unabhängiger Unternehmen; bislang vor allem Düngemittel, die von BASF in Antwerpen hergestellt werden.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor. Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte ⁽²⁾ in Frage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.6559 — Eurochem/K+S Nitrogen per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (nachstehend „EG-Fusionskontrollverordnung“ genannt).

⁽²⁾ ABl. C 56 vom 5.3.2005, S. 32 („Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren“).

Abonnementpreise 2012 (ohne MwSt., einschl. Portokosten für Normalversand)

Amtsblatt der EU, Reihen L + C, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	1 200 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, Papierausgabe + jährliche DVD	22 EU-Amtssprachen	1 310 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe L, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	840 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, monatliche (kumulative) DVD	22 EU-Amtssprachen	100 EUR pro Jahr
Supplement zum Amtsblatt (Reihe S), öffentliche Aufträge und Ausschreibungen, DVD, eine Ausgabe pro Woche	mehrsprachig: 23 EU-Amtssprachen	200 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe C — Auswahlverfahren	Sprache(n) gemäß Auswahlverfahren	50 EUR pro Jahr

Das *Amtsblatt der Europäischen Union* erscheint in allen EU-Amtssprachen und kann in 22 Sprachfassungen abonniert werden. Es umfasst die Reihen L (Rechtsakte) und C (Mitteilungen und Bekanntmachungen).

Ein Abonnement gilt jeweils für eine Sprachfassung.

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 920/2005 des Rates (veröffentlicht im Amtsblatt L 156 vom 18. Juni 2005), die besagt, dass die Organe der Europäischen Union ausnahmsweise und vorübergehend von der Verpflichtung entbunden sind, alle Rechtsakte in irischer Sprache abzufassen und zu veröffentlichen, werden die Amtsblätter in irischer Sprache getrennt verkauft.

Das Abonnement des Supplements zum Amtsblatt (Reihe S — Bekanntmachungen der Ausschreibungen öffentlicher Aufträge) umfasst alle Ausgaben in den 23 Amtssprachen auf einer einzigen mehrsprachigen DVD.

Das Abonnement des *Amtsblatts der Europäischen Union* berechtigt auf einfache Anfrage hin zum Bezug der verschiedenen Anhänge des Amtsblatts. Die Abonnenten werden durch einen im Amtsblatt veröffentlichten „Hinweis für den Leser“ über das Erscheinen der Anhänge informiert.

Verkauf und Abonnements

Abonnements von Periodika unterschiedlicher Preisgruppen, darunter auch Abonnements des *Amtsblatts der Europäischen Union*, können über die Vertriebsstellen abgeschlossen werden. Die Liste der Vertriebsstellen findet sich im Internet unter:

http://publications.europa.eu/others/agents/index_de.htm

EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu>) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Website ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: <http://europa.eu>

